

Baruther Anzeiger

Zeitung mit amtlichem Publikations-Recht für die Stadt Baruth und für die Amtsbezirke Paplitz und Radeland



Erscheint Montag, Mittwoch und Freitag abends für den folgenden Tag. Bezugspreis freibleibend für den Monat eine Goldmark.
Schriftleiter: Johannes Särchen, Baruth (Mark).
Fernsprecher Nr. 17. — Postfachkonto: Berlin Nr. 345 40.
Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörungen usw. hat der Bezogener keinen Anspruch auf Lieferung des „Baruther Anzeiger“ oder auf die Erstattung des Bezugsgeldes.

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Kleinzeile (45 mm) 15 Goldpfennig, die dreispaltige Restzeile (90 mm) 40 Goldpfennig. Bei Wiederholungen wird Rabatt gewährt nach unserem Tarif. Druck und Verlag: Buchdruckerei J. Särchen, Baruth (Mark).
Für Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen, ferner für unbedeutlich gezeichnete Manuskripte und Anzeigen durch den Fernsprecher kann keine Gewähr geleistet werden.

Nr. 19 Sonntag, den 13. Februar 1926

Der Wortlaut des deutschen Aufnahmegesuches.
Berlin. Das am 10. Februar 1926 dem Generalsekretär des Völkerbundes übergebene Aufnahmegesuch Deutschlands in den Völkerbund hat folgenden Wortlaut:

Herr Generalsekretär!
Unter Hinweis auf das deutsche Memorandum an die Regierungen der Ratsmächte vom September 1924, auf die Ihnen, Herr Generalsekretär, übersandte deutsche Note vom 12. Dezember 1924 und auf die Antwort des Völkerbundes darauf vom 14. März 1925, sowie unter Bezugnahme auf die in Abschrift hier beigefügte Note der übrigen an den Völkerbund von Spanien beteiligten Regierungen vom 1. Dezember 1925 beehre ich mich, gemäß Artikel 1 der Völkerbundesstatuten die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zu beantragen. Ich bitte Sie, diesen Antrag baldmöglichst auf die Tagesordnung der Bundesversammlung setzen zu wollen.
Genehmigen Sie, Herr Generalsekretär, den Ausdruck meiner vorzüglichen Hochachtung.
gez. Stresemann.

Das Sparprogramm des Reichsfinanzministers.
Deutscher Reichstag, 157. Sitzung vom Mittwoch, dem 10. Februar.

Präsident Ebbe eröffnet die heutige Reichstags-Sitzung. Auf der Tagesordnung steht die erste Lesung des Reichshaushaltsplans für 1926. Reichsfinanzminister Dr. Reinhold erklärt das Wort zu seiner Einleitungsrede. Er streift die Vermögens- und die Kurzarbeiterfrage. Im Hinblick auf die Geldnotlage weist er auf das Mißverhältnis der Preise hin. Er spricht von den Schwierigkeiten im Bergbau, in der Eisenindustrie. Dann wendet er sich der Ueberlastung der Wirtschaft in Deutschland zu.

Wir können eine Katastrophe verhindern, müßten wir uns auf finanzpolitischem Gebiet dazu entschließen, dafür zu sorgen, daß die gesamten öffentlichen Ausgaben Deutschlands so eingeschränkt würden, daß die zu ihrer Deckung notwendigen Einnahmen wirtschaftlich tragbar wie sozial gerecht gestaltet werden könnten.

Es werde deshalb auf finanzpolitischem Gebiet die Hauptaufgabe dieses Jahres die Herabsetzung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft um des einzelnen Steuerzahlers und dem gesamten Staatsbedürfnis der öffentlichen Hand in Deutschland mit größter Strenge nachzuprüfen, um den notwendigen Ausgleich zwischen Steuerbedürfnis und Steuerkraft zu finden.

Er betont die uns durch den Kriegsverlust auferlegten Lasten. Wir müßten untergehen, wenn wir die Last nicht erleichterten.

Man müsse das legendär gewordene Wort *Verwaltungsreform* zur praktischen Durchführung bringen, er denke dabei keineswegs an einen schematischen Beamtenabbau, der natürlich die Gefahr birge, daß aus arbeitenden Gehaltsempfängern nicht arbeitende Pensionsempfänger würden.

Eine neue Brandrede Mussolinis.

Statten verzichtet auf den „Geist von Locarno“.
Rom. Unter größter Aufmerksamkeit hielt im dicht besetzten Senat der italienische Ministerpräsident Mussolini, von frenetischem Beifall begrüßt, folgende Rede:

Die lange Rede des deutschen Außenministers Stresemann macht eine sofortige Antwort notwendig, die klar und neu sein wird, wie die Rede, die ich am vergangenen Sonntag in der Kammer gehalten habe. Diese Rede war nicht provokativ, sondern während zweier Monate einer erbitterten antitalienischen Hege mit Geduld, ich wiederhole mit Geduld, überlegt. Es war keineswegs eine rhetorische Rede, sondern im Gegenteil eine geradezu antirethorische Rede. Die Forderung, daß Reichsminister Dr. Stresemann meine Rede übersetzen sollte, beweist wieder einmal, daß Stresemann und viele andere Deutsche mit ihm ganz und gar nicht an der sieghaften geistigen und antirethorischen Umwälzung wissen, die sich in dem zeitgenössischen italienischen Bewußtsein vollzogen hat.
Ich brauche kaum zu erklären, daß ich dem Geist und dem Inhalt nach meine letzte Rede bekräftige, einschließlich der Anspielung am Ende auf die *Scaloria am Brenner*, welche Anspielung Stresemann nach seinem Belieben auslegen kann, die aber die Italiener in dem Sinne auslegen, daß Italiener niemals die Verletzung der Friedensverträge haben wird, die seine um flüchtigen und sehr harten Preis erzielten Grenzen garantieren.

Mussolinis erklärte, was weiteren:
Die italienische Politik in Südtirol wird nicht geändert. In Genf wird sich Italien jede Aufkündigung dieser Frage vorbehalten. Italien betrachtet Deutschland fortan, als offenen Gegner.

Aussprache über den Reichsetat 1926.

Deutscher Reichstag.
158. Sitzung vom Donnerstag, dem 11. Februar.
Am Regierungsjubiläum Reichsfinanzminister Dr. Reinhold, Präsident Ebbe eröffnet die Sitzung. Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der ersten Beratung des Reichshaushaltsplans für 1926.

Als erster Redner aus dem Saale nimmt Abg. Hergt (DnL) das Wort. Er weist darauf hin, daß der neue Reichsfinanzminister vor sich wackerlich mit vollen Händen aus einem Füllhorn Gaben ausgeschüttet habe. Dieses Füllhorn ist aber nur gefüllt dank der vorsichtigen Finanzpolitik seines Amtsvorgängers. Der neue Finanzminister hat ein Programm entwickelt, aber wenig Sachverhalte für die Zukunft geboten. Seine Finanzpolitik steht daher in jährlichem Gegensatz zu der vorsichtigen Finanzgebarung seines Vorgängers.

Der neue Herr bringt eine Morgengabe von 550 Millionen Mark dar, dazu noch einen ganzen Sad voll guter Vorsätze. Das wird ja keine Wirkung auf die große Menge nicht verfehlen, man wird mit Jubel davon Kenntnis nehmen.

Aber in das Hofiana wird sich auch das Kreuzige mischen. Es sind viele schöne Verprechungen gemacht worden, aber man lebe sich lieber unter der alten Finanzverwaltung.

Eine Binsenwahrheit ist es, daß unserer Wirtschaft zuviel Blut abgezogen wird. Nichts ist naturgemäßer gewesen, als der Gebante einer Steuererleichterung für die notleidende Wirtschaft. Hergt betont dann, daß der Vorwurf, auf Kosten der Wirtschaft sei eine Anhäufung von Staatsmitteln erfolgt, sich vor allem gegen die Regierung von 1924 gerichtet habe, die noch ganz in den Schuhen der alten Koalition stand.
Die Regierung von 1925 habe aber keineswegs lediglich Steuern angehäuft, sie habe vielmehr Steuerermäßigungen bei der Umsatzsteuer, bei der Lohnsteuer durchgeführt.

Die Deutschnationalen hätten immer den Gedanken vertreten, daß entsprechend der Steuerermäßigung eine parallele Aktion nebenhergehen müsse, daß zur Balancierung des Etats für den Ausfall von Steuern auf der einen Seite ein Ausgleich an anderer Stelle zu finden sei.

Die aufgegebenen Steuern, besonders die Umsatzsteuer, besomme der Reichsfinanzminister niemals wieder, und mit Verjorgnis fragt Hergt, was denn 1927 werden solle?

Die Sache der Reichsfinanzminister

die Deckung für den Ausfall zu schaffen? Er gebe einen zweifelhafte Notbehelf. Er führe 47 Millionen Mark aus dem Schuldendienst auf. Wenn wir neue Anleihen brauchten, so könne man diesen Schuldendienst doch nicht zur Deckung benutzen.

Es sei zu befürchten, daß mit dem Programm des Finanzministers die unvermeidlichen Ausgaben nicht gedeckt werden könnten, so daß uns die Gefahr einer Finanzkontrolle drohe, die unbedingt vermieden werden müsse. Im Zustande werde der Eindruck einer unvollständigen deutschen Finanzgebarung erweckt werden. Ebenso bedenklich würde es sein, wenn das Ausland aus unserer Finanzpolitik zu dem Eindruck käme, daß wir im Gold schwimmen. Durch die steigende Not und die Arbeitslosigkeit seien die Grundlagen des Dawes-Gutachtens zusammengefallen.

Der Redner schließt mit der Aufforderung, in diesen neutralen Fragen die Parteigegebenheiten zu überbrücken.
Der Sozialdemokrat Dr. Hilferding erkennt an, daß die Programmrede des Finanzministers eine einheitliche Grundlage gehabt habe.

Hilferding geht zum Inhalt seiner Rede auf die Stellung der Sozialdemokratie zum Etat ein. Der Partikularismus sei ein Krebsgeschwür. Die Wirtschaftskrisis müsse den Staat veranlassen, alle zu Gebote stehenden Mittel zur Linderung anzusetzen.
Von Bedeutung ist die Rede, die der Zentrumsabgeordnete Erling hält. Er ruft dem Reichsfinanzminister zu, es sei zu hoffen, daß er die Finanzen ebenso geordnet hinterlassen möge, wie er sie vorgefunden habe. Die Erhebung der Umsatzsteuer, die Verringerung der erhöhten Umsatzsteuer entpriehe der Erklärung der Regierungsparteien. Stärkste Bedenken habe das Zentrum gegen die Ausdehnung des Schenkungsprivilegs bei der Körperschafts- und Vermögenseinkommensteuer. Die Vorschläge wegen der Vermögenssteuer und der Zahlungsstermine bedürften eingehender Prüfung. Dem Vorschlagrecht der Länder und Gemeinden zur Einkommen- und Körperschaftsteuer stimme das Zentrum restlos zu.

Die Belastung des deutschen Volkes betrug vor dem Kriege etwa 5 Milliarden, sie ist heute auf 12 Milliarden angewachsen. Daher der Ruf nach Vereinfachung der Verwaltung und Herabsetzung der Steuern.

Erling macht in dieser Hinsicht Vorschläge und bekämpft vor allem die Kosten des Auswärtigen Amtes, die von 20 Millionen vor dem Kriege auf nunmehr 55 Millionen angewachsen seien. Der von sozialreaktionärer Seite geforderten Aufhebung des Reichsarbeitsministeriums würde sich das Zentrum aus sozialen Gründen entschlossen widersetzen. Es wünsche möglichst wenige, aber anständig bezahlte Beamte. Raum eines der Dawes-Gesetze würde sich so ungünstig aus wie das Reichsabhängige.

Der Kampf hinter den Kulissen in Genf.

Frankreichs Intrigen spiel.
London. In einem klangen und sehr bemerkenswerten Artikel bespricht ein Londoner Blatt die Schwierigkeiten, die sich ganz unzweifelhaft dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund entgegenstellen werden. Das Blatt sagt, daß sich hinter den Kulissen

ein diplomatischer Kampf um Deutschlands Eintritt in den Völkerbund abspiele. Frankreich leite die Bewegung für die Vermehrung der ständigen Sitze im Völkerbundrat. Zurzeit gibt es vier solcher ständigen Sitze, die durch Deutschlands Eintritt auf fünf erhöht werden würden. Gelingt es Frankreich, erstmalig Spanien, Polen und Brasilien hineinzubekommen und so die permanenten Sitze auf acht zu erhöhen, dann würden dieselben Mächte vorschlagen, daß der Völkerbundrat permanente sowohl als auch erwählbare Mitglieder von ihrer gegenwärtigen Anzahl von zehn zu eins auf fünfzehn zu eins oder noch mehr gebracht würde.

In London würde man in einer solchen Lage auch eine Gefahr gegen England erblicken, dessen Einfluß im Völkerbund sehr geschwächt werden würde. Das Resultat wäre jedenfalls eine

flüchtige Majorität für die französische Politik, die darauf bestünde, daß die Staaten sich in die folgenden drei Kategorien teilen:

erstens in Länder, die besondere militärische Abmachungen mit Frankreich haben, also Belgien, Polen und die Tschechoslowakei;

zweitens in lateinische Staaten, die kulturelle und sentimentale Beziehungen zu Frankreich unterhalten, wie Brasilien und Spanien;

drittens in solche Länder, die im Völkerbundrat durch ihre französischen Botschafter und Minister vertreten sind.

Es ist nicht schwierig zu erkennen, wie eine lateinisch-anglo-französische Koalition, England und Schweden und zeitweise auch Belgien und Japan in eine dauernde und hoffnungslose Minorität drängen könnte.

Der Eindruck der deutschen Eintrittsnote in Genf.

Köln. Aus Genf wird gemeldet: Der Antrag Deutschlands auf Eintritt in den Völkerbund ist in den Kreisen des Völkerbundsekretariats viel besprochen worden. Man hat vor allem die flugbezeichnete Knappheit des Textes herorgehoben. Dabei aber auch zu verstehen gegeben, daß die Note infolge dessen nicht gerade einen verbindlichen Ton anschlage. Viel bemerkt worden ist, daß das Wort *Aufnahmegesuch* vermieden und dafür die Wendungen *beantragt* und *Antrag* gebraucht worden sind. Durchweg ist die große Geschäftlichkeit herorgehoben, mit der die Reichsregierung darauf verzichtet hat, unmittelbare peinliche Vorbedingungen und Vorbehalte zur Sprache zu bringen und doch gleichzeitig die Form gefunden hat, der deutschen Auffassung in den Einzelfragen ausreichenden Ausdruck zu verleihen.

Die Antwort Mussolinis an Stresemann.

Stresemann wird nicht erwidern.

Rom. Mussolinis nahm in einer großen Rede im Senat die Erläuterung des deutschen Reichsaußenministers Stellung, in der er seine Ausführungen vor der Kammer voll aufrechterhielt. Er betonte, daß Stresemann ihn nicht widerlegt habe. Für Italien sei die Brennerfrage abgeschlossen, und es sei politisch widersinnig, über den Weg des moralischen Rechts der Minderheiten diese Frage wieder aufzurollen. Wenn Deutschland beabsichtigen sollte, diese Frage vor den Völkerbund zu bringen, so würde die Italiener den Völkerbund als unzulässig ablehnen. Für Italien gebe es keine deutsche Minderheit diesseits des Brenners. Er drohe nicht, sondern stelle nur diese Tatsache fest.

Die Zukunft werde lehren, ob ihn Deutschland verstanden habe.

Wie verlautet, wird Reichsaußenminister Dr. Stresemann nicht beabsichtigen, Mussolinis zweite Drohrede zu beantworten. In amtlichen Kreisen herrscht vielmehr die Ansicht, den Zwischenfall, der durch die Rede Mussolinis vom vergangenen Sonntag herbeigeführt worden ist, als erledigt anzusehen. Man wird vermutlich sogar darauf verzichten, in irgendwelchen Kommentaren dazu Stellung zu nehmen.